

3643 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates**B e r i c h t****des Ausschusses für öffentliche Wirtschaft und Verkehr**

über den Beschluß des Nationalrates vom 26. Jänner 1989 betreffend ein Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (Schiffahrtsgesetz 1990)

Durch den gegenständlichen Gesetzesbeschluß soll eine neue rechtliche Grundlage für die Zulassung und Führung von Fahrzeugen sowie für die Schulung von Schiffsführern geschaffen werden, durch welche die auf Grund des Schiffahrtspolizeigesetzes 1927 bzw. des Binnenschifffahrtsverwaltungsgesetzes erlassenen, 1978 auf Gesetzesstufe gestellten Verordnungen (Nummernzwangsverordnung, Schiffspatentverordnung, Schiffsführerverordnung und Schiffsführerschulenverordnung) abgelöst werden sollen. Gleichzeitig werden die schiffahrtspolizeilichen, die schiffahrtsanlagenrechtlichen und die schiffahrtskonzessionsrechtlichen Bestimmungen sowie jene des Eichgesetzes unter Bedachtnahme auf den neuesten Wissensstand überarbeitet, so daß das gesamte Verwaltungsrecht der Binnenschifffahrt in einem Bundesgesetz zusammengefaßt ist.

Der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 31. Jänner 1989 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Ausschuß für öffentliche Wirtschaft und Verkehr den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 26. Jänner 1989 betreffend ein Bundesgesetz über die Binnenschifffahrt (Schiffahrtsgesetz 1990) wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1989 01 31

Eduard G a r g i t t e r
Berichterstatter

Norbert P i c h l e r
Vorsitzender